

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 9

Artikel: Die internationalen Frontorganisationen 5. Weiter zum WFR
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094986>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die internationalen Frontorganisationen

Weiter zum WFR

Laszlo Revesz

Neben dem Weltgewerkschaftsbund ist der Weltfriedensrat (WFR) der wichtigste sowjetische Transmissionsriemen zu den Ländern der Ersten oder Dritten Welt. Prof. Revesz fährt damit fort, den WFR vorzustellen (siehe letzte Nummer).

In den siebziger Jahren kam es zu einer gewissen Verlagerung in der Friedensbewegung. So hat sich die Aufmerksamkeit des WFR stufenweise auf Asien verlagert, was hauptsächlich in der institutionalisierten, systematischen Zusammenarbeit zwischen dem WFR und der Organisation der Solidarität der Völker Asiens und Afrikas zum Ausdruck kam. Am 15. Februar 1973 wurde in Kairo — am Sitz der afro-asiatischen Solidarität — eine gemeinsame Tagung des WFR-Präsidiums und des Ständigen Sekretariates der Afroasiatischen Solidaritätsorganisation eröffnet. Unmittelbar vor dieser gemeinsamen Tagung, am 13./14. Februar 1973, verabschiedete das in Kairo tagende WFR-Präsidium ein Aktionsprogramm zur Mobilisierung der Weltöffentlichkeit für die Unterstützung «der gerechten Sache der Araber» im Nahen Osten. Der Generalrat des WFR beschloss seinerseits an einer Sitzung in Ulan-Bator (Mongolei) am 22. bis 24. September 1973 die Propagierung des kollektiven Sicherheitssystems für Asien. Auf diese neue Priorität weist auch die Verteilung der Joliot-Curie-WFR-Friedensgoldmedaillen im Jahre 1973 hin: Die Medaille erhielten der Ministerpräsident von Bangladesch, M. Racman, der mongolische Parteichef und Ministerpräsident Cedenbal, die Organisation der Afrikanischen Einheit sowie zwei Europäer: der bulgarische Partei- und Staatschef Schiwkow und der SED-Generalsekretär (Erster Sekretär des ZK) Honecker.¹

Eine weitere Neuerung bezieht sich auf die Zusammensetzung des WFR, indem neben den Vertretern der nationalen Friedenskomitees auch

Vertreter von kommunistischen und nichtkommunistischen Parteien ihren Platz erhielten. In einem Interview erklärte Generalsekretär Romash Chandra² unter anderem folgendes:

Parteivertretung im WFR — unter Anerkennung der KP-Vorhut

«In der Vorhut des Friedenskampfes stehen die KP. Das ist der Eckpfeiler im politischen Fundament unserer Bewegung. Im Weltfriedensrat vertreten sind auch Parteien, die in einer Reihe von Ländern mit revolutionär-demokratischem Regime an der Macht sind, und von Staaten, die in ihrer Aussenpolitik einen antiimperialistischen Kurs verfolgen oder sich an Positionen der Blockfreiheit halten. Seit zwei Jahren (Anm.: also seit 1971) gibt es im Weltfriedensrat ständige Beobachter, hauptsächlich Sozialdemokraten und andere Persönlichkeiten aus verschiedenen Parteien, welche sich offiziell dem Weltfriedensrat nicht anschliessen können.» Leider erwähnte er keine Namen, um die Betreffenden vor ihren Wählern nicht zu kompromittieren! Die weiteren Mitglieder im WFR sind — wie er sagte — nationale Friedensräte sowie kriegführende Organisationen der nationalen Befreiung.

KSZE-Komitees zur Nachhilfe

Ein wesentlicher Charakterzug der Entwicklung der siebziger Jahre ist die «mehrspurige Friedensoffensive»: neben der «klassischen» Friedens-

bewegung entstanden noch eine europäische und eine weltweite Organisation.

Zum Kampf für die KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) wurde sowjetischerseits ein enormes internationales Netz von «gesellschaftlichen Organisationen und Organen» ins Leben gerufen. Die wichtigsten sind die sogenannten KSZE-Komitees in den europäischen Ländern unter der politisch-ideologischen Leitung des sowjetischen KSZE-Komitees, das am 8. Juni 1971 gegründet wurde. Seit mehreren Jahren kommen die Delegierten der nationalen KSZE-Komitees in Brüssel zur Beratung zusammen, wo seit 1971 ein Internationales Arbeitssekretariat funktioniert. An der II. Brüsseler Konferenz 1972 nahmen nicht nur die Vertreter der KSZE-Komitees, sondern auch jene vieler pazifistischer und sogar kirchlicher Organisationen aus dem Westen teil. Dieses Netz der Komitees und ihre internationalen Tagungen existieren auch heute, trotzdem die Sicherheitskonferenz sich ihrem Ende nähert, und sie bleiben auch nach dem Abschluss dieser Konferenz bestehen, um dem von der Sicherheitskonferenz zu errichtenden Sicherheitsorgan «behilflich» zu sein.³

«Für das Recht, mit allen Mitteln zu kämpfen...» Ein Hoch dem friedliebenden Krieg

Neben diesem Netz von internationalen und nationalen Hilfskomitees für die sowjetische Europapolitik zum Druck auf die westlichen Regierungen brachte die UdSSR im Jahre 1973 auch ein paralleles Netz von nationalen Komitees bei: nahe in allen Ländern der Welt zustande, um den Moskauer «Weltkongress der friedliebenden Kräfte» vorzubereiten. Dieser vom 25. bis 31. Oktober 1973 in Moskau abgehaltene Kongress — die «erste Generalversammlung der Völker der Welt» und ein Kongress «neuen Typs», wie ihn der WFR-Generalsekretär nannte — verabschiedete zwei Dokumente: einen «Aufruf an die Völker der Welt»⁴ und das Communiqué⁵. Im Aufruf wird besonders die territoriale Integrität der Staaten in den nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Grenzen verteidigt — mit anderen Worten: die sowjetischen Territorialeroberungen auf Kosten Polens, Deutsch-

Das Dokument

Pacem in terris

Welche totale Untertänigkeit die regimegeförderten christlichen Gruppierungen gegenüber ihrer Obrigkeit an den Tag legen, bezeugt das nachfolgende Schreiben einer solchen Vereinigung an die slowakische Regierung. Es begrüsst die «Normalisierung» der Tschechoslowakei durch die Sowjetarmee von 1968 und schliesst sich dem ausdrücklichen Feindbild gegen die reformerischen Kräfte ebenso vorbehaltlos an wie den Unternehmungen der ruhmreichen Sowjetarmee.

Nun, es gab seinerzeit auch nationalsozialistische Priester, und die Wiedererstehung solcher «Friedenspfarrer» ist bei der Wiederherstellung totalitärer Verhältnisse in der CSSR eine Konsequenz,

die nicht überraschen kann. Der echte Skandal entsteht aber dort, wo man solche Vereinigungen oder ihre Entsprechungen in der «Friedensbewegung» westlicherseits und kirchlicherseits als christliche Dialogpartner für den gemeinsamen Dienst am Frieden gelten lässt. Dabei sind sie unter anderem erklärterweise für eine vorbehaltlose Unterstützung des grössten Militärapparates der Welt mit einer entsprechenden Militarisierung von Jugend und Gesellschaft.

Die Ergebnissadresse von «Pacem in terris» an die sozialfaschistische Obrigkeit ist in «Katolícke noviny» (Bratislava, Nr. 7/1975) erschienen. Wir bringen einen Auszug:

Die Vereinigung der katholischen Geistlichen «Pacem in terris» in der Slowakischen Sozialistischen Republik hält ihren Kongress am 4. Februar ab; er wurde am Anfang des Jubiläumjahres der Befreiung unserer Heimat durch die ruhmvolle Sowjetarmee einberufen, um die bisherige Tätigkeit zu überprüfen. Der Kongress setzt die positiven Traditionen der Friedensbewe-

gung katholischer Geistlicher fort, welche im Jahre 1968 durch die Feinde des Sozialismus zerschlagen worden war. Die Vereinigung blieb in der letzten Zeit im Zusammenhang mit den bedeutenden innen- und aussenpolitischen Ereignissen nicht passiv. Alle Aktionen, welche der gesamtslowakische Ausschuss oder die Gebietsausschüsse durchführten, bewerteten die bisherigen Erfolge im neuen gesellschaftlichen Leben und in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat bejahend. Die Funktionäre unserer Vereinigung haben sich in den internationalen Organisationen, vor allem an der Christlichen Friedenskonferenz, an der Berliner Konferenz sowie am Weltkongress der friedliebenden Kräfte in Moskau im Geist der friedlichen Anstrengungen der sozialistischen Staaten und gegen die Verleumdung der CSSR wegen religiöser Unfreiheit eingesetzt. Der Kongress stellte fest, dass das Konzept unserer Vereinigung für das Engagement der katholischen Geistlichen richtig und gerecht ist. ■

lands, der Tschechoslowakei, Rumäniens und Japans. Das Communiqué betont hingegen die Souveränität der Staaten und den Verzicht auf die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten — und dies gerade in Moskau!

Der Kongress hiess Breschnews Worte gut, der in seiner Rede unter anderem sagte:

«Die friedliche Koexistenz bedeutet keine Versöhnung mit der Ungerechtigkeit, im Gegenteil: sie setzt eine wirksame Ablehnung der Aggression und das Recht der Völker voraus, mit allen Mitteln (!) für ihre politische und wirtschaftliche Befreiung und den sozialen Fortschritt (!) zu kämpfen.»⁶

Der Kongress ernannte ein «Internationales Komitee für die Fortsetzung der Aktionen des Moskauer Weltkongresses der friedliebenden Kräfte» mit Sitz in Brüssel und rief ausserdem einige Kommissionen für bestimmte Arbeiten auch nach dem Kongress ins Leben.⁷

WFR-Organisation und christliche Anschlussbewegungen

Obwohl der WFR ausgesprochen viele Kongresse veranstaltet, hat er im Unterschied zu den andern sowjetisch gelenkten «demokratischen Weltorganisationen» keinen Kongress als oberstes Organ. Der WFR besteht nur aus den Delegierten der nationalen Friedenskomitees und braucht keinem Kongress Rechenschaft abzulegen.

Die Organe des WFR sind sein Präsidium und sein Sekretariat (mit Sitz in Helsinki). Unter WFR-Führung stehen noch zwei weitere Einrichtungen, nämlich eine Kulturkommission und das Internationale Institut für den Frieden (mit Sitz in Wien). Der Beitritt zu diesem Institut steht statutarisch (Art. VI) «allen natürlichen oder juristischen Personen offen, deren Aufnahmegesuch vom Vorstand angenommen wird». Dem WFR nicht zugehörig, aber dem gleichen sowjetischen Auftraggeber verbunden ist die «Christliche Friedensverteidigung» oder «Christliche Friedenskonferenz». Sie wurde 1958 auf einem Treffen «progressiver» Kirchenleute aus den Warschauer-Pakt-Staaten und der Bundesrepublik gegründet und ist bei der UNO als internationale gesellschaftliche Organisation registriert. 1973 nahmen an der Arbeit dieser Konferenz Vertreter von Kirchen und im sowjetischen Sinne progressiven christlichen Gruppen aus 50 Ländern teil. Präsident ist der Leningrader und Nowgoroder Metropolit Nikodim, Generalsekretär der ungarische Pastor K. Toth. Das Generalsekretariat befindet sich in Prag. ■

Quellen:

- ¹ Jahrbuch der Grossen Sowjetenzyklopädie (BSE-Jahrbuch) 1974, Moskau 1974, S. 466.
- ² Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 5/1973, S. 703—708.
- ³ Laszlo Revesz: Zusammenarbeit mit Regierenden oder Regierten?, Bern 1974, S. 33—38.
- ⁴ «Prawda», 2. 11. 1973, S. 1.
- ⁵ «Prawda», 3. 11. 1973, S. 1.
- ⁶ «Prawda», 27. 10. 1973, S. 1 ff.
- ⁷ Revesz, a. a. O., S. 39—40.

Weitere Quellen:

BSE, 2. Ausgabe, Band 9, S. 301 und 304; Kleine Sowjetenzyklopädie (MSE), Band 2, S. 665—667 (Moskau 1959); BSE-Jahrbücher 1962—1974; «Trybuna Ludu» (Warschau), 17. 1. 1970, S. 1—2; «Prawda», 21. 4. 1969, S. 4.

Das sowjetische «Budget»

Der Anteil der Militärausgaben am sowjetischen Budget und der tatsächliche Anteil der Rüstungskosten in der sowjetischen Volkswirtschaft sind zweierlei Dinge. Seltsam daran ist, dass die sowjetischen Führer selbst in ihren Äusserungen keinen Zweifel daran lassen, dass die budgetierten Zahlen nicht stimmen. Und seltsam ist es, dass man sie im Westen trotzdem immer wieder als Unterlagen für vergleichende Analysen zum «Rüstungsgleichgewicht» nimmt. Es bleibt China überlassen, ihre völlige Wertlosigkeit aufzuzeigen. Wir bringen diesbezügliche Auszüge aus einem Beitrag von Hsiao Lou («Das trügerische sowjetische „Budget“») in der «Peking-Rundschau» Nr. 8/1975.

Die Sowjetrevisionistischen Behörden hatten vor kurzem die Unverschämtheit, vor der ganzen Welt zu verkünden, das sowjetische Militärbudget für 1975 beläufte sich nur auf 17,4 Milliarden Rubel (etwa 22 Milliarden US-Dollar), was um 250 Millionen Rubel weniger als im vorangegangenen Jahr zu sein scheint. Wie gewöhnlich folgten dann die Fanfarestösse der TASS-Nachrichten und -Kommentare: Wie die Sowjetunion bei der «Reduzierung ihrer Verteidigungsausgaben» Erfolge erzielt. (..)

Wenden die Sowjetrevisionisten wirklich nur diesen Betrag für ihre Militärausgaben auf, und — wie sie erzählen — «reduzieren» sie ihn gar von Zeit zu Zeit? Von wem wird erwartet, das zu glauben?

Seit vielen Jahren beobachtet die öffentliche Meinung in der Welt genau die Militärausgaben der Sowjetrevisionisten — mit der Schlussfolgerung, sie müssten etwa gleich hoch sein wie die Ausgaben der USA für diesen Zweck, und diese betragen im laufenden Fiskaljahr über 80 Milliarden Dollar. Und die der Sowjetunion? Die sowjetrevisionistischen Anführer hatten niemals den Mut, die vielen von aussen angestellten Analysen in dieser Sache zu dementieren. Nun, da die Zeit für das Erstellen des Militärbudgets für nächstes Jahr gekommen ist, haben sie keine andere Alternative als unverschämt weiter zu lügen, obwohl sie nur zu genau wissen, dass dies niemanden überzeugen wird, nicht einmal sie selbst.

Es ist allgemein bekannt, dass die Sowjetunion ein Land mit einer militarisierten Volkswirtschaft ist. Seit dem Amtsantritt von Breschnew haben die Rädelsführer des Sowjetrevisionismus immer wieder ihre Absicht klar gemacht, (...) «alles zu tun», ihre militärische Stärke auf dem «höchsten Niveau» zu halten, das von der jeweiligen Entwicklung der Dinge gefordert werde. Wie die Dinge stehen, haben sie in dieser Frage Wort gehalten. (..)

Die Sowjetrevisionisten haben jetzt die an Zahl stärksten Streitkräfte in der Welt, sie haben die Anzahl ihrer Interkontinentalraketen (ICBM) in den vergangenen zehn Jahren mehr als verzehnfacht. Jetzt pumpen sie noch mehr Geld in die versuchsweise Produktion von MIRV's und in den Bau von mit lenkbaren Raketen ausgerüsteten Atom-U-Booten neuesten Typs. Gleichzeitig verdoppeln sie ihre Bemühungen, ihre konventionelle Bewaffnung auszubauen. Die wissenschaftlichen Experimente sind Legion, die sie für militärische Zwecke durchführen. Ist das kein klarer Beweis für das beträchtliche Anwachsen ihrer Militärausgaben Jahr für Jahr?

Den Herren im Kreml, die immer ihre Militärausgaben verheimlichen, passiert es manchmal,

dass sie sich selbst blossstellen. Chruschtschow, zum Beispiel, hat sich während seines Besuches in den USA 1959 «versprochen». Er sagte damals: «Die Militärausgaben in Ihrem Land (den USA) sind jährlich durchschnittlich über 40 Milliarden Dollar. Und bei uns? Es ist nicht nötig, die Tatsache zu verheimlichen, dass wir jedes Jahr für den gleichen Zweck fast 25 Milliarden Dollar ausgeben.» Nun, die von ihm verratenen Zahl war schon das Zweieinhalbfache dessen, was die Sowjetrevisionisten damals veröffentlicht hatten. Als Chruschtschow davon sprach, es sei «nicht nötig, die Tatsache zu verheimlichen», bedeutete dies natürlich nicht, dass er offenerherzig war. Aber dieser Ausspruch kann mindestens als Hinweis dafür dienen, dass die wirklichen Militärausgaben des Sowjetrevisionismus sehr viel höher sind als die Zahl, die er zu veröffentlichen beliebt.

Breschnew, der so stolz darauf ist, gewiegter zu sein als sein Vorgänger, hat sich auch einmal verraten. Zum Beispiel im Jahre 1969 zitierte ein «wichtiges» Dokument, an dessen Ausarbeitung er teilnahm, bestimmt und offen die vom Londoner Internationalen Institut für Strategische Studien genannten Militärausgaben der Warschauer-Pakt-Gruppe. Dieses Institut schätzte, dass die Militärausgaben der Sowjetunion zu jener Zeit etwa dreimal so hoch wie die von den sowjetrevisionistischen Behörden veröffentlichte Zahl waren. (..)

Nun ist es völlig offensichtlich, dass die von den Sowjetrevisionisten offiziell veröffentlichten Zahlen darüber unwahr sind. Wenn es noch eines weiteren Beweises bedarf, so findet sich dieser in der durch die Expansion ihrer Kriegsindustrie hervorgerufenen Einseitigkeit ihrer Wirtschaft. In diesem selbsternannten «entwickelten sozialistischen Land» herrscht ein ernster Mangel an Konsumgütern, die Landwirtschaft ist seit langem zurückgeblieben, die Waren auf dem Markt sind sehr knapp, die Preise steigen ständig und das Leben der Werktätigen wird immer schlechter. So mancher mag sich fragen, wohin der enorme Reichtum verschwunden ist, den das sowjetische Volk mit vielen Mühen geschaffen hat. Abgesehen davon, dass einige wenige, die Mitglieder der Klasse der bürokratischen Monopolkapitalisten, sich daran mästen, frisst die Rüstung den Löwenanteil des nationalen Reichtums auf.

Von einem ununterbrochenen Wachstum als einer Reduktion der Militärausgaben zu sprechen, das (...) enthüllt die äusserst schwache Position der herrschenden sowjetrevisionistischen Clique völlig — einer Bande von Reaktionären. (...) Diese Reaktionäre stehen dem sowjetischen Volk feindlich gegenüber, sie fürchten es über alle

(Fortsetzung auf Seite 8)